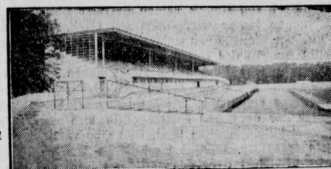


Volks-Zeitung



Mit „Unterhaltungs-Blatt“
Moden-Zeitung Sport-Zeitung
Film-Zeitung Haus u. Garten-Zg.
Techn.-Zeitung Witzblatt „ULK“
2 MAL TÄGLICH = 60 PFG. WÖCHENTLICH



Die ersten Häuser mit neuartigen Tonnen-dächern

Berlin ohne Polizeistunde Die Krise in Bayern / Der Angestellten-Abbau

Die Wahlreform marschiert

Der Entwurf eines neuen Wahlgesetzes vor dem Kabinett

Das Reichskabinett trat gestern unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning zur Beratung der den gesetzgebenden Körperschaften im Herbst vorzulegenden Reformvorschlüge zusammen. Zunächst wurde der Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung eines Reichsverwaltungsgerichts verabschiedet, der einen vorweggenommenen Teil der Reichsreform darstellt. Sodann nahm das Kabinett einen eingehenden Vortrag des Reichsministers des Innern zur Wahlrechtsreform entgegen, worüber die Beratungen in den nächsten Tagen fortgesetzt werden. Im Mittelpunkt der Erörterungen des Reichskabinetts, die bis in die Nachtstunden andauerten, stand schließlich die erste grundlegende Erörterung der finanz-, wirtschafts- und sozialpolitischen Probleme.

Der Entwurf des neuen Reichswahlgesetzes wird, wie bekannt geworden ist, an der Verhältniswahl und am Wahllalter, das bekanntlich 20 Jahre beträgt, nichts ändern. Das Wahlgesetz Dr. Wirths wird sich also im Rahmen der Verfassung halten, so dass es zu seiner Verabschiedung nicht einer Zweidrittelmehrheit bedarf, die angesichts der Abneigung der Sozialdemokraten gegen eine Abschaffung der Listenwahl nicht zusammenzubekommen wäre. Der Entwurf wird aber doch die schlimmsten Mängel des bisherigen Wahlrechts beseitigen. Vor allem soll an die Stelle des Stücker-Papier, der nichtssagenden toten Liste, die Persönlichkeit des Kandidaten in den Vordergrund treten. Nicht die Liste, sondern er soll für seine Wahl werben. Es soll sogar einer Einzelperson, auch wenn sie nicht eine Partei hinter sich hat, die Möglichkeit gegeben werden, in einem Wahlkreise zu kandidieren und sich wählen zu lassen, wenn sie genügend Stimmen auf sich zu vereinigen weis. Der amtliche Stimmzettel kommt in Wegfall. Die Zahl der Abgeordneten soll verringert werden, denn statt auf 60 000 Stimmen. Man rechnet, dass sich dadurch die Zahl der Reichstagsabgeordneten um etwa 50 bis 60 vermindern wird. Die Zahl der Wahlkreise, die jetzt 35 beträgt, soll unter entsprechender Verkleinerung auf 162 vermehrt werden. Sie werden in 32 Kreisverbänden zusammengefasst, die sich wiederum auf 12 Ländergruppen verteilen. Diese Zusammenfassung erfolgt zum Zwecke der Verrechnung der Reststimmen. Die bisherige Reichsliste wird beseitigt; es gibt nur noch die Ländergruppenlisten, die aber einen anderen Charakter als die Reichslisten haben. Die Einwohnerzahl der neuen Wahlkreise soll durchschnittlich 385 000 betragen, also etwa 250 000 Stimmberechtigte umfassen. Die Geltungsdauer des neuen Wahlgesetzes soll sich auf 12 Jahre beschränken.

Wie bei uns!

135 Stellen — 5000 Bewerber

NEW-YORK, 19. August. (W. T. B.)

Das neugeschaffene städtische Arbeitsvermittlungsbüro, über das dieser Tage bereits berichtet wurde, sah sich gestern einem Ansturm von fünftausend Arbeitssuchenden gegenüber, konnte aber nur 135 Stellen nachweisen.

Gescheitert / Keine Verständigung über die Rücknahme der Angestellten-Kündigungen in der Metall-Industrie

Die gestrigen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium zwischen Gewerkschaften und Vertretern der Berliner Metallindustriellen sind gescheitert. Diese Verhandlungen hatten den Zweck, eine Grundlage für die Zurücknahme der Angestelltenkündigungen zu finden, über die in den einzelnen Betrieben nach dem Vorschlag des Reichsarbeitsministeriums eine Einigung erzielt werden sollte. Ueber die von diesen Betriebsverhandlungen zu klärenden Vorfällen ist gestern jedoch keine Einigung erzielt worden.

Die Gewerkschaften verlangten Wiederherstellung des alten Zustandes von Anbeginn der Verhandlungen, das heisst eine hundertprozentige Rücknahme der Kündigungen. Zweitens verlangten die Gewerkschaften ein generelles Kündigungsverbot. Die Metallindustriellen sind auf diese Forderungen nicht eingegangen. Sie erklärten, dass 583 Kündigungen allein bei der A. E. G. und bei Siemens aufrechterhalten bleiben sollten, während 1360 zurückgenommen werden sollten. Eine Garantie für ein generelles Kündigungsverbot auf die Laufdauer des Abkommens konnte seitens der Arbeitgeber nicht gegeben werden. Demgegenüber ist zu berücksichtigen, dass bei einer derartigen Regelung 28 000 Angestellte bei Siemens und der A. E. G. auf 10 Prozent ihres Gehalts verzichten müssten. Die Arbeitgeber erklärten weiter, dass sie von sich aus nicht sagen könnten, ob dieses Kurzarbeitsabkommen auch tatsächlichen Erfolg hat; die Aussichten für einen Vergleich und das Zustandekommen eines Abkommens wären also sehr gering. Als die Arbeitgeber offiziell erklärten, dass sie die Forderungen der Gewerkschaften

nicht anerkennen könnten, wurde vom Reichsarbeitsministerium erklärt, dass die Verhandlungen als gescheitert zu betrachten seien.

Es kann und darf mit diesem negativen Ausgang der Verständigungsaktion nicht sein Bewenden haben. In den Verhandlungen wurden seitens der Unternehmer zugeständnisse dahin gemacht, dass in den Siemens-Betrieben und bei der AEG über 75 Prozent der Kündigungen zurückgenommen werden sollten, auch wollten diese Firmen bis gegen Ende Dezember dieses Jahres keine weiteren Entlassungen vornehmen. Damit ist zugegeben worden, dass sich wenigstens drei Viertel der vorgesehnen Entlassungen durch Einführung verkürzter Arbeitszeit vermeiden lassen, und es ist ein doch durchgeführter Dank, dass diese Kündigungen nun doch untertraglicher Arbeitszeit werden sollen, so dass die Entlassungen dem Staat und dem Steuerzahler zur Last fallen, obwohl sie in den genannten Werken einstweilen weiterbeschäftigt werden könnten. Die Forderung, dass die Regierung sich mit dem Scheitern der gestrigen Verhandlungen nicht abfindet, sondern, statt die Hände in den Schoß zu legen, alle selbst die schärfsten Mittel anwendet, um der wirtschaftlichen Vernunft zum Siege zu verhelfen und der Arbeitslosenfürsorge diese neue Belastung, die ja zugleich eine Belastung der Steuerzahler ist, zu ersparen, ergibt sich daraus von selbst.

Die Sammlung der Reaktion

Scholz hat's doch geschafft — Burgfrieden auf der Rechten

Die Parteiführer Treviranus (Kons.), Dr. Scholz (D. Vp.) und Sachsenberg (Wirtsch.) haben sich in einer gemeinsamen Besprechung darüber geeinigt, dass ihre drei Parteien im künftigen Reichstag grundsätzlich Burgfrieden gegeneinander bewahren wollen. Weiterhin haben sie sich entschlossen, in einem gemeinsamen Wahlaufruf zum Ausdruck zu bringen, dass die drei Parteien gewillt sind, in sozialpolitischen, innen- und aussenpolitischen Fragen zusammenzuarbeiten. Ueber die Form dieser Zusammenarbeit wurden Beschlüsse noch nicht gefasst. Man denkt etwa an die Bildung eines interfraktionellen Ausschusses, nicht aber an eine Fraktionsgemeinschaft. Die Verhandlungen zwischen den drei Parteien sollen fortgesetzt werden, sie werden aber im wesentlichen nur noch der Formulierung des gemeinsamen Wahlaufrufs dienen.

Dass die Versuche der bürgerlichen Reaktion, zu einem Burgfrieden im Wahlkampf zu kommen und auch nach

der Wahl zusammenzuarbeiten, nach mehrmaligem Scheitern wieder aufgenommen wurden, nimmt nicht so wunder, denn die Zersplitterung auf der Rechten ist so gross, dass die Parteiführer davon schwere Nachteile befürchten müssen, um so mehr, als z. B. die Partei des Herrn Treviranus noch über keinen eingespielten Parteiapparat verfügt und eigentlich nur aus Offizieren ohne Soldaten besteht. Man sucht sich nun durch das Burgfriedensabkommen das Wahlgeschäft zu erleichtern und will zugleich dem gegenwärtigen Reaktionskabinett Brüning im neuen Reichstag Rückendeckung geben. Was wird der volksparteiliche Abgeordnete Kahl dazu sagen? Er lehnte bekanntlich den sonderbaren Vorschlag, Volkspartei und Staatspartei unter seiner Führung zusammenzuschliessen, ab, weil er, wie er soeben erklärt hat, jede vorgreifliche und einseitige Koalitionsbindung für verfehlt hält. Er müsste danach auch das Abkommen der drei Parteien ablehnen, da ja zweifellos eine vorgreifliche und einseitige Koalitionsbindung vorliegt, deren Spitze offensichtlich gegen die S. P. D. gerichtet ist. Diese Bindung muss dem vernünftigen und einsichtigen Teil der Volksparteiler um so mehr gegen den Strich gehen, als auch Kahl den Satz, dass nur ohne oder gegen die Sozialdemokratie regiert werden könne, für eine grosse politische Torheit erklärt. Im Zeichen dieser Torheit hat sich nun das Bündnis der Volkspartei mit den beiden anderen Rechtsparteien vollzogen.

Schnelldienst

Der Dichter und Schriftsteller André Rivore ist nach kurzer Krankheit an den Folgen einer Lungenentzündung in Paris gestorben.

Mit dem Dampfer „Europa“ sind in Cherbourg 22 Millionen Francs Gold aus Amerika für die Bank von Frankreich eingetroffen.

2000 indische Hafenarbeiter sind in Singapore in den Streik getreten, weil ihnen eine Lohnherabsetzung angekündigt worden war.

Entgegen anders lautenden Meldungen erweist sich der Papst, wie aus Rom gedröhrt wird, der besten Gesundheit.

Nach einer Meldung aus Lissabon sind neun Offiziere der portugiesischen Armee, die an dem im Juli aufgedeckten Komplott beteiligt gewesen sein sollen, nach den Azoren deportiert worden.

Tardieu auf der Völkerbundstagung?

Genf stellt Vermutungen an, Paris bezweifelt / Botschafter v. Hoesch kommt nach Berlin

GENÈVE, 19. August. (Eigener Bericht)

Die vom „Journal de Genève“ aus französischen Blättern übernommene Nachricht, dass Tardieu die ausser ihm noch aus Briand, Maginot und Lebrun bestehende französische Delegation für die Völkerbundversammlung, der neben anderen auch noch der Präsident der Armeekommission, Oberst Fabry, angehört, anführen soll, hat in Völkerbundkreisen nicht geringes Aufsehen hervorgerufen.

Im Generalsekretariat, wo man schon aus Prestigegründen das Erscheinen der Regierungschefs, namentlich der Hauptmitgliedstaaten des Völkerbundes, begrüsst, hat man noch keine diesbezügliche Nachricht. Was die Gründe des überraschenden Auftretens Tardiens in Genf anlangt, so kann man sie ebenso in dem Wunsche des französischen Ministerpräsidenten suchen, Frankreich selbst aus der durch Briands Paneuropäplan geschaffenen heillosen Lage beim Völkerbund herauszuopfern, wie vielleicht auch in der Absicht, mit dem intimsten Vertrauten Mussolinis in ausserpolitischen Fragen, Grandi, den Fäden zu neuen italienisch-französischen Verhandlungen persönlich anzuknüpfen. Dass die neuerdings etwas gespannten Beziehungen zu Deutschland bei diesen Erwägungen eine wichtige Rolle spielen, lässt sich unschwer erraten.

PARIS, 19. August. (W. T. B.)

Halbamtlich wird mitgeteilt, dass die Regierung sich mit der Zusammensetzung der Völkerbundsabordnung noch nicht beschäftigt habe. Die Frage werde wahrscheinlich in einem der nächsten Ministerräte zur Sprache gebracht werden. Man weist jedoch darauf hin, dass die Tardieu zugeschriebene Absicht, die Führung der Abordnung selbst zu übernehmen, nicht mit dem von ihm vor einiger Zeit geäußerten Wunsch übereinstimmt, sich in Vittel einer Kur zu unterziehen.

Der deutsche Botschafter von Hoesch ist heute nachmittag mit dem Nordexpress nach Berlin abgereist,

um, wie angekündigt, den Ausseminister Curtius vor Beginn der Völkerbundstagung über die Deutschland und Frankreich interessierenden Fragen persönlich zu unterrichten.

Die Form dieser französischen halbamtlichen Meldung legt die Vermutung sehr nahe, dass Tardieu doch nach Genf gehen wird. Gründe für einen derartigen Schritt gäbe es ja, wie schon in unserer Genfer Meldung zum Ausdruck kommt, genügend. Wahrscheinlich wird die Genfer Septembertagung doch nicht so bedeutungslos sein,

wie man anfangs infolge des deutschen Wahlkampfes glaubte. Die Reise Hoeschs nach Berlin, die der Vorbereitung der Völkerbundstagung gilt, ist ein Zeichen dafür, welche Bedeutung man auch in Deutschland der Genfer Zusammenkunft beimisst. Es ist weiter anzunehmen, dass Herr von Hoesch seinen Berliner Besuch nicht vorübergehen lassen wird, ohne Dr. Curtius über den ungünstigen Eindruck zu unterrichten, den die rednerischen Entgleisungen des Herrn Treviranus trotz aller Interpretationsversuche in Paris gemacht haben. Man versteht drüber nicht, wie aus einem Artikel der „Ere Nouvelle“ erneut zu ersehen ist, dass Curtius als verantwortlicher Leiter der deutschen Aussempolitik sich derart in sein Ressort hineinpflanzen lässt. Und man versteht vor allem nicht, dass Dr. Curtius zu allem bereit geschwiegen hat. Vielleicht wird der Berliner Besuch des Herrn von Hoesch zu baldiger Klärung dieser Fragen beitragen, die um so erwünschter ist, als die französische Nationalistenpresse aus den Reden des Herrn Treviranus und aus dem Schweigen des Herrn Curtius sich die besten Waffen gegen die Verständigungspolitik Briands schmiedet!

Attentat auf Polizeichef

Unbekannte Täter schiessen auf den Chef der litauischen politischen Polizei

KOWNO, 19. August. (Eigener Bericht)

Heute abend wurde auf den Chef der litauischen politischen Polizei, Ruseiko, ein Attentat verübt. Als Ruseiko, der in dem Kownoer Hotel Continental wohnt, die Treppe zu seinem Zimmer hinaufging, wurde er von zwei Männern überfallen, die auf ihn mehrere Schüsse abgaben. Ruseiko brach blutüberströmt zusammen und musste sofort ins Krankenhaus geschafft werden. Die Täter ergriffen die Flucht. Auf der Strasse wurde eine der Täter von einem Musikanten verfolgt. Der Verfolgte feuerte auch auf seinen Verfolger und verwundete ihn schwer. Es gelang schliesslich, die Täter am Bahnhof zu stellen und zu verhaften. Ihre Personalien konnten bisher noch nicht festgestellt werden.

Persien lehnt ab!

Kein gemeinsames Vorgehen mit der Türkei gegen die Kurden

KONSTANTINOPOL, 19. August. (Reuter)

Bezüglich der Lage an der türkisch-persischen Grenze auf Grund des kurdischen Aufstandes hat der persische Geschäftsträger dem türkischen Ausseminister eine Mitteilung überreicht, in der gesagt wird, die persische Regierung könne unter keinen Umständen sich zu einem gemeinsamen militärischen Vorgehen gegen die Kurden auf persischem Gebiet bereit erklären.

Freitag Urteil im Röntgental-Prozess

Im Röntgentaler Aufruhr- und Totschlagsprozess wurden gestern die Plaidoyers beendet. Die Verhandlung wurde darauf bis Freitag mittag ausgesetzt. Falls das Gericht bis dahin seine Beratungen beendet haben wird, wird dann das Urteil verkündet werden.

Begebenheit

Von Alfred Polgar

In R. gab es eine Panne. Wir gingen also spazieren zwischen den Häusern, in denen, ganz wie anderswo auch, Menschen teils geduldig, teils widerpenstig ihr Leben ablebten; bis zur Entlassung aus diesem.

Der Ort R. im Oesterreichischen, ist uralt, er datiert seine Anfänge in das dreizehnte Jahrhundert zurück. Allem grossen Verkehr liegt er weitab, auch von dem Gewirr der Schleifen und Linien, die der Autoschwarm über die Erde zieht, kreuzt selten eine das Städtchen. Die Strasse, aus der es besteht, ist schmal und hat zwei steinerne Tore, gemauert im dreizehnten Jahrhundert, die einander gegenüberstehen. Wenn man mit dem Auto sie durchfährt, sind die Vorderräder schon aus der Stadt, indes die Hinterräder noch nicht drin sind. Auch die Kirche ist sehr alt. Dass sie in einem früheren Jahrhundert ein Raub der Flammen und in einem späteren renoviert wurde, braucht nicht erwähnt zu werden. Jede ältere Kirche auf dem Lande hat wenigstens einmal gebrannt, das ist schon so Brauch oder Bestimmung, um die keine Kirche herumkommt. Der Friedhof, gewissermassen der Nutzgarten der Kirche (denn alle Religion lebt davon, dass wir sterben), ist, wie die meisten Landfriedhöfe, heilig; zumindest von oben beschaut. Eben wird ein Frisches Grab geschlossen, die Frau Schuchmachermeister liegt darin. Man hätte noch versuchen können, sie ins Spital zu schaffen und zu operieren, sagt der Totengräber, aber die Alte taugte schon kaum mehr etwas Kosten bei der Arbeit, und so lohnte es nicht der Mühe und Kosten. Die Hinterwand der Kirche hat, wo sie den Boden berührt, eine kariöse Stelle, ein Loch, eine Nische, wo das Werkzeug des Totengräbers liegt, ferner Knochen und Papierblumen und Totenschädel, auf deren Stirnstein mit Tinte der Name des Herrn oder der Frau geschrieben ist, denen der Kopf zugehört hat (man könnte anders den Eigentümer auch kaum noch mit Sicherheit agnoszieren). Von den zwei Wirtschaften jedoch, mit Hotelbetrieb, hat das grössere ein Radio.

Jetzt eben, vier Uhr nachmittags, erheiterte es die heitere Gesellschaft um den langen Holztisch durch heitern Musik, wie sie

Die zweite Instanz soll entscheiden

Zu milde Strafen im Landbund-Prozess

HAMBURG, 19. August.

Gegen das Urteil im letzten Itzehoer Landbundprozess, das bekanntlich ausserordentlich milde Strafen für die Angeklagten und den Freispruch von sieben Angeklagten ergab, haben sowohl Staatsanwaltschaft wie Verteidigung Berufung eingelegt.

Im ersten der zurzeit stattfindenden drei Kommunistenprozesse in Neumünster wurde gestern das Urteil gefällt. Angeklagt waren die Beteiligten an dem blutigen Zusammenstoss vom 6. März d. J. vor dem Rathaus in Neumünster. Von den Kommunisten wurden die Teilnehmer Weisig zu zehn Monaten Gefängnis, Ralf zu sieben Monaten, Scheffert, Stahl und Kuchel zu je sechs Monaten und Jacobs zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Der holsteinische Kommunistenführer Timm wurde freigesprochen.

Billet-Inflation für Hitler-Versammlung?

Verhaftung eines kommunistischen Abgeordneten

KÖLN, 19. August. (Eigener Bericht)

Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Hans Kollwitz wurde in einer Wahlversammlung der kommunistischen Partei in Köln-Mülheim verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis überführt. Er soll angeblich Eintrittskarten für die heutige Hitler-Versammlung gefälscht haben. Man befürchtet heute abend aus Anlass der Anwesenheit Hitlers in Köln Zusammenstösse zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Die Polizei hat umfassende Sicherheitsmassnahmen getroffen.

Volksjustiz in Karolina

TARBODO (Nord-Karolina), 19. August. (W. T. B.)

200 markierte und bewaffnete Männer machten einen Angriff auf das hiesige Gefängnis und bemächtigten sich eines jungen Negers, der beschuldigt war, sich an zwei weissen Mädchen vergewaltigt zu haben. Sie banden ihn an einen Baum am Wege und schossen ihn tot.

das Radio um solche Tageszeit ins Ohr der Welt zu trüffeln pflegt, damit die Arbeit munter fortschreite oder die Nichtarbeit noch erquickender werde, als sie ohnehin schon ist. Die Tafelrunde, eigentlich: das Tafelrecht, freute sich in ortsümlicher Tracht ihres Lebens. Der Hitze wegen hatten die Männer die Röcke abgelegt, jedoch wunderlicherweise die Hüte aufbehalten, breitkrempige schwarze Tüchtle mit mehreren goldenen Troddeln dran. Die Stimmung war ausgezeichnet, das Gespräch lebhaft, zuweilen auch erbob sich mehrstimmiger Gesang, überhört durch das beinerne Geklapper der Krüge, wenn sie, auf Wohl, weich-kraftig zusammenstießen. Insbesondere einem Mann mit Brille wurde von den Tafelnden zugezungen. Er stand dann jedesmal auf, legte die Pfeife beiseite und leerte mit erster Miene seinen Krug. Hernach putzte er, niedersitzend, die Brille. Offenbar feierte man seinen Geburtstag.

Vor dem Wirtshaus, neben einem Wagen, dessen Pferde eben abgeschirrt wurden, warteten zwei kleine Mädchen auf das, was kommen würde, und heulten. Sie trugen Zöpfe, je einen über jedem Ohr, und in jedem Zopf eine grosse dunkelblaue Masche. Nun, warum heult ihr so? Weil die Mutter gestorben ist, vor einer Stunde war das Begräbnis. „Das sind die Schusters-Kinder“, sagte der Kutscher und klatscht Stechliegen tot, die auf dem Pferderücken ihr Trinkgelage abhalten. Der Mann mit der Brille ist der Vater. Und drinnen fehlen sie keinen Geburtstag, sondern es ist Exkneipe nach dem Leichenbegängnis. So bekräftigen die Lebenden ihre Solidarität gegen den Tod. Was sind die Hochzeiten des Lebens? Essen und Trinken. Und wie tut man dem Leben schön? Indem man sich seiner freut. Dann ist es gescheitelt und bleibt lang.

Es begann zu regnen, und die zwei Kinder trabten, Hand in Hand, in die Wirtstube. Man setzte sie an einen Neubesuch, sie bekamen Kaffee und Kirschenkuchen. Eine Frau aus der fröhlichen Gesellschaft zupfte die vier blauen Maschen in den vier Zöpfen glatt und ermahnte die Mädchen, sich zu schneuzen. Die Jüngere schief bald ein, den Kopf auf die Tischplatte gelegt, ein Stück Kuchen in der Faust. Die Ältere sass aufrecht und blickte starr in die Luft. Gewiss war sie ihrer Mutter ähnlich.

Dann brachen die fidele Leitragenden auf. Der Vater, schon nicht mehr ganz sicher im Schritt, kam an den Tisch der Kinder, nahm wortlos jedes bei einer Hand und ging mit ihnen weg. Man wusste nicht, hünte der Vater sie oder sie den Vater.

Familie Jakobowski meldet sich

Vertreter-Entsendung zum nächsten Nogens-Prozess

WARSAU, 18. August. (Ost-Express)

Einer der bekanntesten Warschauer Rechtsanwälte, Holmolt-Ostrowski, hat im Auftrag der Familie des 1925 in Neustrelitz hingerichteten Jakobowski sich mit einem Schreiben an das Reichsgericht gewandt, in dem er seine Zulassung zu dem am 22. August bevorstehenden Revisionsverfahren im Nogens-Prozess verlangt.

Fernsehen auf 40 Kilometer

Erfolgreiche Versuche

Die Telefunken-Gesellschaft hat gestern drahtlose Fernsehversuche auf der Strecke Nauen-Geltow durchgeführt. Es wurden über eine Entfernung von rund 40 km vom Sender in Nauen mit Kurzwellen, und zwar mit 70-Meter-Wellen, ein Filmstreifen und ferner zwei Damen, die sich miteinander unterhielten, nach Geltow übertragen und dort deutlich sichtbar vorgeführt. Durch intensive Laboratoriumsarbeit ist es gelungen die Kosten für die Fabrikation von Fernsehempfängerapparaten ausserordentlich herabzudrücken. Es wird noch dem geräumigen Zeit dauern, bis das Fernsehen im Rundfunk eingeführt werden kann. Deshalb stellt die Telefunken-Gesellschaft in der diesjährigen Funkausstellung keine Fernsehgeräte aus, da sie der Meinung ist, dass nur solche Apparate auf die Funkausstellung gehören, die technisch absolut vollkommener sind und sofort preiswert gekauft werden können.

Es wird weiter gekündigt. Wie uns aus Bochum gemeldet wird, haben die Klockner-Werke zum 31. August die Kündigung von 400 Arbeitern beantragt, wovon auf die Viktor- und Ickern-Schichte in Castrop-Rauxel 150 Mann, auf die Zeche Werner 150 Mann und auf die Schachtanlage Königsborn 90 Mann entfallen.

Todessturz aus dem Fenster. Gestern abend stürzte sich am Wismarplatz der 53jährige Werkmeister Hermann Schneider aus seiner im Hause Nr. 5 gelegenen Wohnung aus dem dritten Stockwerk auf die Strasse hinab, wo er tot liegen blieb. Das Motiv der Tat ist nicht bekannt.

Inzwischen war die Panne behoben worden, und wir gingen zum Auto. Es stand infam überlegen da im dreizehnten Jahrhundert, glatt und geschliffen, Bogen und Pfeil in einem, und die Fliegen hatten nichts zu naschen an ihm. Als es beim Friedhof vorbeifuhr, grüsste der Totengräber, wir grüssten wieder, und die Reisegefährtin meinte, so einen Hut mit drei goldnen Troddeln hätte sie eigentlich erben sollen. Ueberhaupt sei der Ort süss. „Möchten Sie hier gern ein paar Monate bleiben?“ Sie erwiderte schlagfertig: „Nein.“ — „Warum? Mit einem Menschen, den man liebt?“ — „Liebe, auf die man angewiesen ist, weil nichts anderes da ist, die verbraucht sich rasch. Und was, bitte, macht man hier am Abend?“

Protest gegen Zensur. Piscators zu wirkungsvoller Versammlungstechnik aufgelöstes Theater mit Credits auftritte und ankügender Stück „§ 218“ war im Wallnertheater Gegenstand und Ausdruck eines wirkungsvollen Protestes des Kampfausschusses gegen die Zensur. Niemand kann sich dem grausamen Eindruck dieser Wirklichkeiten, die da auf der Bühne Gestalt gewinnen, entziehen. Einige versuchten es durch das Hinterpfortchen: „Das ist ja keine Kunst!“ und zeteren moralisch entrüstet. Das Recht der Entrüstung ist auf Seite derer, die ihre leidenschaftliche Kritik an eklatanten Missständen der Strassengesetzgebung durch die verfassungswidrige Zensur derer vom Kaliber Frick behindert sehen! Am Schluss nörgelte ein Herr von der Garderobe, er hätte keine Veranlassung gesehen, bei der Abstimmung gegen den § 218 die Hand hochzuheben. Solchen ist nicht zu helfen. Die muss man überrennen! Zum Beispiel bei der Wahl am 14. September! pek.

Eine Saekartothek für Kunstliteratur. Bei der staatlichen Kunstbibliothek in Berlin beschäftigt man sich zurzeit mit der Anlage einer Kartothek, in der möglichst die gesamte Kunstliteratur sachgemäss registriert werden soll. Mit Hilfe dieser Kartothek soll es ermöglicht werden, das viel zerstreute und nur schwer feststellbare Material über einen bestimmten Gegenstand der Kunstforschung in kürzester Frist aufzufinden, einem Bedürfnis, dem abzuhelfen die Kunstwissenschaft schon lange verlangt.

Die Winterspieltzeit der Tribüne wird mit einer Neubesetzung von „Mister Pim will nicht stören“, Lustspiel von Milne, eröffnet. Die Regie führt A. E. Licho.

Kampf gegen den Abstieg

Aus der Arbeit einer grossen Angestelltenorganisation / Der Jahresbericht des G. d. A.

Wenn eine grosse Organisation, wie der Gewerkschaftsbund der Angestellten (G. d. A.) mit ihrem Jahresbericht an die Öffentlichkeit tritt, so darf sie eines besonderen Interesses gewärtig sein. Nicht nur, weil der G. d. A. mit seinen mehr als 300 000 Mitgliedern eine Macht im wirtschaftspolitischen Leben darstellt, sondern weil die Probleme der Angestelltenschaft in ganz breitesten Masse dazu angetan sind, die Aufmerksamkeit der breitesten Öffentlichkeit auf sich zu lenken.

Die Angestelltenschaft, in ihrer eigenartigen Stellung zwischen Arbeiter und Unternehmer, ist ja wie kaum eine andere Schicht in einem gewaltigen Umformungsprozess begriffen. Auf der einen Seite ist sie im Begriff, einen neuen Mittelstand zu bilden, auf der andern Seite

drückt die wirtschaftliche Not der Zeit auf ihre Lebenshaltung und proletariert breite Schichten.

Alle diese Erscheinungen kommen in dem nunmehr vorliegenden Jahresbericht des G. d. A. für 1929, der in der Schriftenreihe dieser Organisation erschienen ist, zum Ausdruck und über ihre Ursachen und Auswirkungen hin untersucht. So ist das Heft kein trockener Geschäftsbericht, sondern eher

ein Beitrag zur soziologischen Strukturformung unserer Tage und gleichzeitig ein willkommenes Rückblick auf die wirtschafts- und sozialpolitischen Ereignisse des vergangenen Jahres.

Der Bericht schildert zunächst die Vorgänge auf dem Gebiet der Sozialversicherung, die, wie es heisst, Gegenstand eines Frontalangriffs war, und beschäftigt sich eingehend mit dem

Gerede von den „unerträglichen Soziallasten“ und der Unmöglichkeit eines Leistungsabbaus. Die Ereignisse auf den einzelnen Gebieten der Sozialversicherung: der Angestellten-, Invaliden-, Arbeitslosen-, Kranken- und Unfallversicherung werden registriert.

Die Arbeitslosigkeit der Angestellten
erfährt dabei eine eingehende Behandlung. Danach hatte die Gesamtzahl der arbeitslosen Angestellten einschliesslich der Angestellten bei den nichtgewerbsmässigen Arbeitsnachweisen Ende 1929 rund 230 000 erreicht. Als Ursachen dieser Verschärfung des Jahres 1929 nennt der Bericht neben dem starken Anstieg der Beschäftigungsrückgänge in der Industrie die allgemeine Zusammenbruch- und Rationalisierungsbewegung, wobei die Zusammenschlüsse im Bankgewerbe eine besondere Rolle spielten. Als besonders bemerkenswert wird dabei die starke Bedrohung der mittleren und älteren Jahrgänge der Angestelltenschaft dargestellt.

Den ersten Teil des Buches füllt die Behandlung weiterer sozialer Fragen. Die Probleme des Arbeitsschutzes, der Berufsausbildung, der internationalen und kommunalen Sozialpolitik und nicht zuletzt

die immer dringlicher werdende Frage der älteren Angestellten.

für die sich der G. d. A. mit besonderer Energie einsetzt, werden hier aufgeführt.

„Das Gesicht der Wirtschaft 1929“ nennt sich der zweite Hauptteil des Berichts. Hier steht die Reparationsfrage im Vordergrund der Betrachtungen, wobei der unberechtigte Vor-

wurf zurückgewiesen wird, die deutschen Arbeitnehmerverbände hätten es an einem energischen Kampf gegen die Reparationsverpflichtungen fehlen lassen, zu deren Aufbringung sie ja gerade in erster Linie herangezogen werden sollen. Fragen der Steuer- und Finanzreform werden weiter in diesem Abschnitt behandelt.

Einen grossen Raum nehmen weiter die Fragen der Tarifvertragspolitik ein, bei denen der Stand der Gehälter, der Arbeitszeit und des Schlichtungswesens untersucht werden. Hier interessieren besonders die Ergebnisse der grossen sozialen Enquete des G. d. A., soweit sie bisher vorliegen.

Die weiteren Abschnitte des Berichts befassen sich mit der Tätigkeit und der Situation in den einzelnen Fachgruppen des Bundes. Die Frauarbeit, die Bildungsarbeit und die gross angelegte Tätigkeit des Jugendbundes im G. d. A. finden in den nächsten Kapiteln Ausdruck. Ebenso das Zeitschriften- und Pressewesen.

Der Bericht schliesst mit einer Schilderung der Selbsthilfeeinrichtungen des Bundes, wie Stellenvermittlung, Unterstützungswesen, Krankenkasse, Rechtsschutz usw. Hier einige Zahlen:

Im Jahre 1929 wurden für 12 551 Mitglieder 13 029 Rechtstreitigkeiten geführt.

Sie erbrachten für die in Frage kommenden Mitglieder 3 641 235 Mark. Weiter wurden 1414 Zeugnisse erwirkt. Die Zahl der schriftlich erteilten Rechtsauskünfte betrug 33 564. Diese Zahlen zeigen besser als alles andere, was der G. d. A. für die deutsche Angestelltenschaft leistet. E. K.—r.

Trockener Wahltag

Branntwein-Verbot in Preussen

Durch eine Bekanntmachung des preussischen Ministers des Innern wird für den Bereich des Landes Preussen anlässlich der Wahlen zum Reichstag der Ausschank von Branntwein und der Kleinhandel mit Trinkbranntwein für Sonntag, 14. September 1930, verboten. Das Verbot des Kleinhandels mit Trinkbranntwein trifft auch den Fall, dass dieser in verschlossenen oder versiegelten Flaschen abgegeben wird. Der Minister hat alle Polizeibehörden ersucht, die Innehaltung dieser Vorschriften auf das strengste zu überwachen. Sofern an einzelnen Orten Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass durch den Ausschank von sonstigen geistigen Getränken am Sonntag, den 14. September 1930, in den Abendstunden eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung eintritt, bleibt es den Ortspolizeibehörden unbenommen, einen früheren Beginn der Polizeistunde festzusetzen.

Staatspartei Liste Nr. 6

Der Reichsminister des Innern hat sich in einem an den Reichswahlleiter gerichteten Erlass damit einverstanden erklärt, dass der unter der Bezeichnung „Staatspartei (Deutsche demokratische Partei, Volkswirtschaftliche Vereinigung und verwandte Gruppen)“ eingereichte Reichswahlvorschlag die Nr. 6 erhält, die ursprünglich der demokratische Wahlvorschlag hatte.

Milde Strafe für einen Nazi-Verleumder

Der bisherige nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Stöhr wurde vom Schöffengericht Berlin-Mitte wegen übler Nachrede zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt. Er hatte in einem Presseartikel die Behauptung aufgestellt, die Bombenanschläge in Berlin und Schleswig-Holstein seien das Werk von Lockspitzeln, die „auf Anstiftung der Zörgiebel, Greszinski und Severing“ gehandelt hätten, um die Bevölkerung gegen die Nationalsozialisten aufzuputschen.

Der Tag der Tischler

ROSTOCK, 19. August.

Auf der diesjährigen Tagung des Reichsverbandes des deutschen Tischlerhandwerkes e. V. wurden die dringlichsten Fragen zur Förderung des Tischlerhandwerkes in einer Reihe von Vorträgen über Steuerung der Arbeitslosigkeit, Löhne und Tarif, Vergütung- und Lehrlingswesen behandelt und entsprechende Resolutionen angenommen. U. a. sprach Staatsminister A. D. Weber (Dresden), der ausführte, dass das Handwerk als staatswirtschaftspolitischen Massnahmen finden und des Wirtschaftsleben erhalten bleiben müsse. Obermeister Heinze (Hannover) machte in der Schlussrede neue Vorschläge zur Steigerung der Absatz- und Arbeitsmöglichkeit.

Der „Zünftler-Krieg“ in Spandau

In Spandau war eine Zeitlang ein regelrechter Krieg zwischen den Zünftlern der Zimmerleute im Gange. Auf der einen Seite standen die freien Vogtländer, auf der anderen die „Ehrbaren Fremden“ oder „Schwarzschliffe“. Ein regelrechter Sturm auf das Café von Ewald in der Falkenhagener Strasse 30 wurde von den Vogtländern am 23. Juni 1929 ausgeführt. Das kam so. Einem Vogtländer war von einem Ehrbaren die Zunftmadel entwispen. 25 Vogtländer zogen, schwer bewaffnet, um Mitternacht aus, um die Ehrbaren zu verfolgen. Im Café Ewald befanden sich mehrere Ehrbare. Um 2 Uhr nachts wurde

ein regelrechter Angriff auf das Lokal eröffnet.

Der Wirt erhielt mehrere Dolchsteiche in den Kopf und einen Axthieb über den Schädel. Ein auf seine Schwester abgegebener Schuss ging glücklicherweise fehl. Ehrbaren und Vogtländer begannen sich mit Stöcken und Tischen und demolierten das ganze Lokal vollständig. Das Schöffengericht in Spandau verurteilte den Haupttäter Kowalski zu sieben Monaten Gefängnis.

Hungerstreik in einer spanischen Strafanstalt. Die Gefangenen der Strafanstalt in Granada sind zum Protest gegen die Bestrafung zweier Mitgefangener in den Hungerstreik getreten und haben seit vier Tagen keine Nahrung zu sich genommen.

Die Krise in Bayern

Notverordnung über Schlachtsteuer wird aufgehoben — Die Regierung ohne Mehrheit

MÜNCHEN, 19. August.

Der bayerische Landtag trat heute zusammen, um zur Schlachtsteuer-Notverordnung der Regierung Stellung zu nehmen. Die Sozialdemokraten, Kommunisten und der Bauernbund hatten Anträge auf Ausserkraftsetzung dieser Verordnung gestellt. Der Antrag des Bauernbundes verlangte ferner, dass die Beamtengehälter um 25 Prozent der im Jahre 1928 vorgenommenen Erhöhung gekürzt werden sollten. Ausserdem legten die Sozialdemokraten einen Initiativgesetzentwurf zum Finanzgesetz vor, durch den die Regierung beauftragt werden soll, sofort Verordnungen zur Vereinfachung der Staatsverwaltung zu erlassen, die nachteilige weitere Ersparungen im Staatshaushalt schon für das laufende Haushaltsjahr zur Folge haben, und mit den Kirchen- und Haushalten umgehend in Verhandlungen zu treten mit dem Ziel, durch Sparmassnahmen aller Art eine wesentliche Entlastung des Staates zu erzielen. Sämtliche Anträge wurden dem Staatshaushaltsausschuss überwiesen. Dieser traf nach der Vollversammlung zusammen und nahm zunächst die Anträge bezüglich der Schlachtsteuer-Notverordnung in Beratung. Dabei wurde der

sozialdemokratische Antrag angenommen, wonach die durch Notverordnung eingeführte Schlachtsteuer nicht zur Erhebung kommen soll. Für diesen Antrag stimmten sämtliche Parteien mit Ausnahme der Deutschnationalen und der Bayerischen Volkspartei.

Der Antrag des Bauernbundes auf Kürzung der Beamtengehälter, der von der Regierung als verfassungsgemäss und durchführbar erklärt wurde, fand Annahme.

weil sich alle anderen Parteien der Stimme enthielten. Angenommen wurde auch ein Antrag der Bayerischen Volkspartei, der die Regierung ermächtigen soll, ohne Genehmigung des Landtages eine Vereinfachung der Staatsverwaltung herbeizuführen und die Staatsausgaben im nächsten Rechnungsjahre um 10 Millionen Mark zu senken. Der sozialdemokratische Antrag auf Kürzung der freiwilligen Leistungen an die Kirchengesellschaften wurde abgelehnt, ein deutschnationaler Antrag auf Kürzung der Dürten für die Landtagsabgeordneten wurde zurückgestellt.

Laval stösst auf Schwierigkeiten

Geringe Einigungsaussichten im französischen Textilarbeiterstreik

PARIS, 19. August. (Eigener Bericht)

Der Arbeitsminister Laval hat heute vormittag zwei Abordnungen der streikenden Textilarbeiter aus Lille empfangen.

Die erste Abordnung bestand aus Vertretern der sozialistischen Textilarbeitergewerkschaft unter Führung des Vorsitzenden des Streikkomitees. Die Besprechung, die um 11 Uhr begonnen hatte, war um 12 1/2 Uhr zu Ende. Die Abordnung hat dem Minister die Gründe auseinandergesetzt, aus denen die Gewerkschaft eine Lohnerhöhung bei den Arbeitgebern beantragt hatte. Sie betonte noch einmal, dass

diese Lohnerhöhung in keinerlei Zusammenhang mit der Durchführung des Sozialversicherungsgesetzes stehe, das von den Textilarbeitern nicht bekräftigt wurde. Die Abordnung hat schliesslich den Minister, auf die Arbeitgeber im Sinne einer friedlichen Lösung des Konfliktes hinzuwirken. Die zweite Abordnung, die der Minister empfing, bestand aus Vertretern der christlichen Gewerkschaften der Lille Textilarbeiter. Sie äusserte sich in demselben Sinne wie die erste Abordnung und sprach ebenfalls den Wunsch aus, dass der Minister alles versuchen möge, um eine Einigung mit den Arbeitgebern herbeizuführen.

Um 15 Uhr erschien dann eine Abordnung des Verbandes der Textilindustriellen von Lille im Arbeitsministerium. Mit dieser Abordnung hatte der Minister eine sehr eingehende Aussprache, die fast drei Stunden dauerte. Im Anschluss daran

empfang der Arbeitsminister von neuem die Vertreter der sozialistischen und christlichen Gewerkschaften, um sie über seine Unterredung mit den Arbeitgebern zu unterrichten. Ueber das Ergebnis dieser Besprechungen ist bisher keine amtliche Verlautbarung ausgegeben worden, aber es wird behauptet, dass

die Arbeitgeber die Wünsche der Arbeitnehmer abgelehnt haben.

Die Verhandlungen scheinen jedoch noch nicht abgeschlossen worden zu sein, denn der Lille Bürgermeister Salengro soll noch im Laufe des Abends eine neue Unterredung mit dem Minister haben.

Es hat also den Anschein, dass die Bemühungen des Arbeitsministers um eine Einigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf grosse Schwierigkeiten stossen, und dass daher ein baldiger Abbruch des Streikes noch nicht zu erwarten ist. Allerdings haben in Lille und Umgegend heute wieder etwa 1700 Arbeiter der Textilindustrie und etwa 800 der Metallindustrie den Streik von selbst abgebrochen und wieder zu arbeiten begonnen. In Roubaix-Tourcoing und in Armentières dagegen ist die Lage unverändert. Nur wenige hundert Arbeiter haben in den beiden erstgenannten Städten ihre Arbeit wiederaufgenommen, so dass die Zahl der Streikenden dort noch 76 000 beträgt. In Armentières ist der Streik noch allgemein.

Juwelenschwindel verhindert

Der vorsichtige Händler

HANAU, 19. August. (Privat)

In einem grossen Hotel waren dieser Tage der 24 Jahre alte Kaufmann Max Schwarzenberger aus Plorheim und „Bankdirektor“ Friedrich Hermann aus Berlin abgestiegen. Schwarzenberger verhandelte mit dem Edelsteinhändler Fischer und gab zu erkennen, dass er für etwa 200 000 Mark Juwelen zu kaufen beabsichtige. Im Laufe der Kaufverhandlungen trat dann schliesslich Hermann hinzu, der als Geldmann angegeben wurde. Beide betonten, dass die von ihnen angesprochenen Juwelen nach Berlin gebracht werden sollten, woselbst der endgültige Kaufabschluss getätigt würde. Das Geld sei bereits bei einem

Berliner Notar hinterlegt, und um den Edelsteinhändler nicht stutzig zu machen, zeigte Schwarzenberger eine Bescheinigung vor, aus welcher zu ersehen war, dass bei einem Berliner Notar 100 000 Mark, eventuell auch ein grösserer Betrag, zur Verfügung stehe. Eine Anfrage des Edelsteinhändlers bei dem betreffenden Notar ergab, dass die Bescheinigung gefälscht war. Beide Schwindler wurden festgenommen. Es ergab sich, dass Schwarzenberger erst kürzlich aus der Strafkraft entlassen war. Er hatte bereits früher in Hanau versucht, den Goldwarenfabrikanten Behrens durch Hinterlegung wertloser Hypothekenpapiere zu veranlassen, ihm Juwelen in beträchtlichem Werte auszubringen. Hermann wurde wieder auf freien Fuss gesetzt. Er behauptete, mit der Schwindelaffäre nichts zu tun zu haben. Er habe Schwarzenberger für einen ehrlichen Kaufmann gehalten.

